



Seidenstraßen -Treffen in China :

Globalisierung geht in nächste Runde – ohne Deutschland

Auf dem Seidenstraßen - Forum werden die Weichen für die weitere Globalisierung gestellt. Deutschland hat daran keinen Anteil, denn die derzeitige Regierung tut sich schwer mit den Aussichten auf eine multipolare Ordnung in der Welt: Respekt vor dem Völkerrecht und der Souveränität aller Staaten.



Zum in der Volksrepublik China stattfindenden Seidenstraßen -Gipfel versammelten sich die führenden Politiker aus aller Welt. Tausende Delegierte aus rund 140 Ländern der Welt trafen sich in Peking, um die Weltwirtschaft neu zu zentrieren – ganz weit weg von Washington und Brüssel.

Die One-Belt-One-Road-Initiative ist gegenwärtig das größte Infrastrukturprojekt.

Russlands Präsident Wladimir Putin und Chinas Präsident Xi Jinping auf dem Neuen Seidenstraßen - Forum in Peking am 17. Oktober 2023

Quelle : Sputnik © Sergey Guneev

Die finanziellen Investitionen werden je nach befragter Quelle auf einen Umfang von 1,1 bis 7,4 Billionen US-Dollar geschätzt. Daneben nimmt sich die europäische Alternative *Global Gateway*, die bis zu 300 Milliarden mobilisieren möchte, eher wie eine "Portokasse" aus. Der kleinste Teil dafür kommt allerdings von der EU-Administration selbst, den Löwenanteil sollen die EU-Mitgliedstaaten stemmen. Mit anderen Worten, das von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vollmundig angekündigte und dennoch wie sauer Bier angepriesene Projekt verlandet wohl ziemlich sicher in den sattsam bekannten EU-internen Streitigkeiten.

Das neue Seidenstraßenprojekt, das wird vielfach übersehen, steht demgegenüber nicht allein, sondern ist ein wichtiger Stein in einem ganzen Mosaik aus neuen Institutionen, Kooperationen, Projekten und internationalen Formaten, in dem es um nichts Geringeres geht, als um die Neuordnung der Welt und die Demokratisierung der internationalen Beziehungen. Die One-Belt-One-Road-Initiative ist eingebettet in eine geopolitische Strategie, zu der unter anderem auch die BRICS, die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit und die Konferenz für Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen (CICA) gehören.

Alle diese Formate haben zwei Dinge gemeinsam: Sie repräsentieren zum einen den wohl mittlerweile größten Teil der Weltbevölkerung. Zum anderen ist ihnen gemeinsam, dass in all diesen Formaten Deutschland nicht mehr vertreten ist. Nicht weil man Deutschland dort ausschließen würde, sondern weil Deutschlands derzeitige maßgebliche Politiker sich gern als eiserne Transatlantiker sehen und sich eine Zusammenarbeit auf der Grundlage verbindlicher und vor allem für alle gleicher Regeln, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt ist, nicht vorstellen können oder wollen. Deutschland soll vielmehr dominieren und diktieren. Die Entscheidungsträger scheinen nach wie vor dem kolonialen Denken verhaftet.

Und damit ist all diesen Formaten ein drittes Merkmal gemeinsam: Von Deutschland aus wird auf sie herabgeblickt. Aus deutscher Sicht versammelt sich dort angeblich "nur" der globale Rest. Deutschlands Führung hat sich allerdings durch Arroganz und Überheblichkeit selbst isoliert, steht selbst nur noch am Rand. Deutschland wird an der nächsten Runde der Globalisierung keinen nennenswerten Anteil haben und demzufolge weiter absteigen.

...

Die Präsidenten Putin Xi haben es in ihren Reden und Statements immer wieder betont, dass man zur Zusammenarbeit mit allen Staaten bereit sei. Voraussetzung sei lediglich die Anerkennung der Regeln der Charta der Vereinten Nationen und damit die gegenseitige Anerkennung der Souveränität von Staaten untereinander. Das heißt konkret, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, das Vermeiden von deutscher Besserwisseri, den Respekt vor souveränen Entscheidungen anderer Staaten. Und, das kann und muss man mittlerweile sogar noch hinzufügen, auch die souveräne Vertretung der eigenen (!) Interessen, nicht die Interessen anderer. Für Deutschlands führende Politiker stellen solche eigentlich selbstverständlichen Forderungen heute riesige, kaum überwindbare Hürden dar. Deutschland isoliert sich dadurch selbst.

Aus der EU ist lediglich ein einziger Vertreter zum Forum nach China gereist: Ungarns Premierminister Viktor Orbán ist in Peking zugegen, sprach mit Wladimir Putin und Xi Jinping. Orbán hat im Gegensatz zu deutschen Politikern immer wieder deutlich gemacht, dass er als Regierungschef die Interessen Ungarns und der ungarischen Bürger in den Mittelpunkt seiner Politik stellt. In den Darstellungen deutscher Medien macht ihn das schon zu einem Autokraten. Allerdings darf Ungarn dann auch an der Globalisierung 2.0 teilhaben, während Deutschland sich selbst ausschließt und beleidigt in der Ecke steht, weil die Weltgemeinschaft nicht nach der deutschen Pfeife tanzen will.

...

Von Gert Ewen Ungar

China als Hoffnung für Frieden in Nahost

Gastkommentar von Dr. Manfred Sohn (unser Referent im November)

Umgehend nach der Gewalteskalation im Nahen Osten am 7. Oktober hat die chinesische Diplomatie ihre Bemühungen aufgenommen, eine Ausweitung des Konflikts zu verhindern. Nach umfangreichen Telefonaten vor allem durch den chinesischen Außenministers Wang Yi mit allen beteiligten Konfliktparteien schickte das chinesische Außenministerium Mitte Oktober den Sondergesandten Zhai Jun in die Region, um in direkten Gesprächen nach Lösungen zu suchen. Angesichts der völlig einseitigen Parteinahme der USA und anderer NATO-Staaten zugunsten von Israel wird auch in westdeutschen Medien zähneknirschend zugegeben, dass eine wirkliche Vermittlertätigkeit nur diejenigen durchführen können, die - wie es die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) am 18. Oktober formulierte, "gute Beziehungen zu Israel und zur Hamas" hätten, wie das zum einen für Russland zutreffen würde. Die andere Macht mit Mandat im Sicherheitsrat, die ähnlich gute Gesprächskontakte zu allen Staaten im Nahen Osten aufgebaut hat, ist China. "Das war erkennbar", musste auch die rechtsbürgerliche FAZ am 16. 10. einräumen, "als in Peking Anfang des Jahres die Normalisierung zwischen den beiden Erzfeinden Saudi-Arabien und Iran besiegelt wurde." Die selbst angemaßte Rolle als Friedensstifter im Nahen Osten haben die USA ausgespielt. Die Hoffnung auf Frieden für die Menschen auch dieser Region ruht zunehmend auf China. Möge die Reise von Zhai Jun Erfolg haben!

Mechanismus der Gewalt

Zur Rolle von israelischer Regierung, Medien und westlichen Politikern im Krieg gegen Gaza
Von Moshe Zuckermann

... Die Leiderfahrung ist enorm, die Not gewaltig. Aber schnell schlug die Niedergeschlagenheit in wutentbrannte Aggression um. Angefeuert von den Medien, die politische Kommentare und Analysen lieferten, die letztlich primär auf Rache und brutale Vergeltung aus waren (und sind), obgleich sie sich als »Lösung« gaben: Die Hamas gehöre eliminiert, daher müsse Gaza in Schutt



und Asche gelegt, »dem Erdboden gleich« gemacht werden. Bodentruppen werden erst dann eingesetzt werden, wenn die Luftwaffe die radikale Vorarbeit geleistet haben wird. Die Luftwaffe hat in den vergangenen Tagen eine Bombentonnage über Gaza abgeworfen wie noch nie zuvor (nach eigenem Be-

kunden). Dabei wurde die Doktrin des »chirurgischen« Vorgehens aufgegeben – im Krieg wie im Krieg, heißt es. Man könne diesmal keine Rücksicht auf Kollateralschäden nehmen und eben auch nicht auf Menschen im bombardierten Gebiet. Bei einigen geht es so weit, dass sie auch die von der Hamas gemachten Gefangenen und Geiseln in diesem Postulat mit einbeziehen.

Die entmoralisierte Rhetorik versteht sich als Notwendigkeit, zumal sich der US-Präsident so auf Israels Seite stellte, dass Bedenken gegenüber der Revanchepraxis mit »westlichen Werten« getränkt und eventuell auftauchende Gewissensfragen gleich ertränkt werden. Zu böse ist die ISIS-ähnliche Hamas, zu unschuldig Israel, als dass man heute in dem Land ernsthaft wagen würde, zu fragen, was dessen Anteil – über das unmittelbare operative Versagen hinaus – an dem Fiasko ist. Kaum erörtert wird, dass es Benjamin Netanjahus Postulat von jeher war, die Hamas zu erhalten, sie (indirekt) zu finanzieren und zu fördern, weil sie als effektives Gegengewicht zu den politischen Ansprüchen der PLO (der Gründung eines palästinensischen Staates im Rahmen der Zweistaatenlösung) instrumentalisiert werden kann. Nicht thematisiert wird zudem, dass die Schwächung der israelischen Armee (und der institutionellen Strukturen des israelischen Staates) durch die staatsstreichartige »Justizreform« der von Netanjahu kreierte ultrarechten Koalition bewirkt worden ist. Schon gar nicht denkt man daran, das essentielle Grundproblem der israelischen Polit- und Sozialrealität anzuvisieren: die Okkupation bzw. die Unterwanderung jeglichen Ansatzes einer politischen Lösung des Konflikts mit den Palästinensern. Der Konflikt gehöre nicht gelöst, sondern verwaltet, war (und ist noch immer) Netanjahus Grundüberzeugung.

Und er, der größte Versager von allen, er, der Israel seit vielen Monaten in den Abgrund reißt, um seine privaten Interessen (die Verhinderung eines Urteils in seinem Prozess) zu wahren, er sieht sich nun legitimiert in seiner Ausrichtung und seinen Handlungen: Die Monstrosität des von der Hamas Verbrochenen kommt ihm sehr zupass, hat ihn vorerst nachgerade gerettet – die Proteste gegen ihn sind erlahmt, die westliche Welt spendet ihm Rückendeckung, die gebeutelte israelische Bevölkerung ohnehin. Die Luftwaffe darf sich im Gazastreifen austoben. Und wer weiß, er wird vielleicht auch noch als Sieger aus alledem hervorgehen, mit Hilfe der »westlichen

Demokratien« und der von ihnen mitgeförderten politischen Stagnation bei der Lösung des Konflikts mit den Palästinensern. Die Katastrophe der Bewohner Gazas interessiert dabei ohnehin niemanden. Sie hätten es sich selbst zuzuschreiben, was ihnen nun widerfährt.

Aus: Junge Welt Ausgabe vom 16.10.2023, Seite 6 / Ausland Krieg gegen Gaza

3. Termine

27. Oktober 2023 17:00 Uhr Klubhaus Ludwigsfelde, Theodor-Fontane-Str. 42, Klubkino

Vortrag: „China: Sozialer Fortschritt unter Kriegsbedrohung“

Referent: Prof. Dr. Wolfram Elsner
Wirtschaftswissenschaftler und Autor



Auch als Zoom-Knferenz!
Einwahldaten siehe Website



24. November 2023 17:00 Uhr Klubhaus Ludwigsfelde, Theodor-Fontane-Str. 42, Klubkino

Vortrag: "Voraussetzungen und Realisierung des Sozialismus
– deutsche und chinesische Erfahrungen"

Referent: Dr. Manfred Sohn
Vorsitzender der Marx-Engels-Stiftung Wuppertal



Vormerken:
(nur für Mitglieder und Sympathisanten!)

Mittwoch, 13. Dezember 2023 ab 15:00 Uhr im „Charlotto“ Ludwigsfelde,
Straße der Jugend 30-32 (Waldstadion)

Jahresendveranstaltung

Petra Lehmann

-Vorstandsvorsitzende-

Ludwigsfelde, der 23. Oktober 2023

Vorstandsvorsitzende: P. Lehmann, Ladestraße 2, 14959 Trebbin OT Thyrow

☎/Fax: 03371-642439 Mail: lehmann.petra@online.de URL: www.dcfv-ludwigsfelde.de

Der Verein ist eingetragen unter: VR-Nr. 4929P Amtsgericht Potsdam

Bankverbindung: Mittelbrandenburgische Sparkasse – IBAN: DE49 160500 00 3637021560